

Sitzungsperiode 2021-2022  
Sitzung des Ausschusses IV vom 7. September 2022

---

### FRAGESTUNDE\*

• **Frage Nr. 1085 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Aufnahmekapazität in den Krankenhäusern der DG**

Am 22. Juni 2022 berichtete das GrenzEcho<sup>1</sup> von einer Reduzierung der Aufnahmekapazitäten in der Klinik St.Josef in St.Vith. Die oberste Priorität der Klinik sei es, eine qualitativ hochwertige Versorgung zu gewährleisten. Dieses Ziel werde vom Personalmangel gefährdet. Um gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen und eine Überbelastung zu vermeiden, reduziere die Klinik die Aufnahmekapazitäten in der Inneren Medizin sowie in der Chirurgie.

Der Personalmangel werde durch die bevorstehende Urlaubszeit noch verstärkt.

Zu dieser kritischen Situation in St.Vith kommt die Schließung der Entbindungsstation im Eupener Krankenhaus.

Die ostbelgische Bevölkerung wird in Bezug auf die medizinische Versorgung seit einiger Zeit schon hart auf die Probe gestellt und die Sorge um die Zukunft der medizinischen Versorgung in der DG ist berechtigt.

Obschon dies nicht zu Ihren Kompetenzen zählt, können Sie hier als wichtiger Vermittler fungieren, zumal Sie für die Prävention zuständig sind.

In ihrer Funktion als Gesundheitsminister und Vermittler der Krankenhauslandschaft in der DG bitten wir Sie, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist, was die Aufnahmekapazitäten angeht, eine Rückkehr zur ursprünglichen Situation vor den Ferien bewerkstelligt worden?
2. Wie sieht die Situation aktuell in den anderen Institutionen aus (St.Nikolaus-Hospital, WPZ)?
3. Hat man die Ferienzeit genutzt, um in Zusammenarbeit mit der Föderalregierung und im Austausch mit Ihrer Kollegin Klinkenberg Konzepte und Strategien auszuarbeiten, die es mittelfristig erlauben, die Anzahl der Krankenpfleger durch Förderung der Anzahl Auszubildenden in dieser Berufskategorie zu erhöhen ?

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> GE+Klinik reduziert die Aufnahmekapazität.pdf - <https://www.grenzecho.net/75564/artikel/2022-06-21/stvither-klinik-reduziert-die-aufnahmekapazitat>

• **Frage Nr. 1086 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Voranschreiten in der Einführung neuer Berufsprofile in den WPZS**

Die Verantwortlichen der WPZS in der DG bitten seit Langem um neue Berufsprofile, die die DG gegenfinanziert. Aufgrund des akuten Fachkräftemangels sind Mitarbeiter mit anderen Qualifikationen und Aufgabenbereichen als die bisher geförderten unbedingt nötig.

Sie versicherten den Abgeordneten in diesem Parlament in der Vergangenheit, dass sie an der konkreten Ermöglichung dieser Berufsprofile arbeiten. Im März 2021 hatten Sie mir auf eine Frage nach der Umsetzung erklärt, die notwendigen Rechtsgrundlagen sollten für das Frühjahr 2022 geschaffen werden. Im Juni 2022 belehrten Sie mich eines Besseren und vertrösteten uns auf Herbst 2022.

Da der Herbst als Ihre selbstgewählte Deadline nun vor der Tür steht, erlaube ich mir folgende Fragen an Sie:

1. Wie ist der Stand der Dinge in der oder den Arbeitsgruppe(n)?
2. Ab wann können die WPZS von diesen Finanzierungen profitieren?

• **Frage Nr. 1087 von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zur neuen Impfkampagne gegen das Coronavirus**

Bereits seit einigen Monaten können sich immungeschwächte Personen auf freiwilliger Basis ein viertes Mal gegen Covid impfen lassen. In der Tat läuft seit Ende August eine neue Impfkampagne.

Alle als gefährdet eingestuften Personen und das Personal an der Frontlinie werden per Post eine Einladung erhalten, sich prioritär impfen zu lassen. Ab Mitte September wird sich die Kampagne an die übrigen Belgier richten.

Laut *Le Soir* wird die Strategie in den verschiedenen Regionen unterschiedlich sein. In Wallonien erhalten nur Einwohner über 50 Jahre eine persönliche Einladung, eine Booster-Dosis zu erhalten. In Brüssel wird eine Einladung nur an Personen über 65 Jahre verschickt. Flandern hingegen hat beschlossen, alle Einwohner ab 18 Jahren einzuladen.

In Wallonien wie auch in Brüssel kann die Bevölkerung, die keine Einladung zur Impfung erhält, ihre Impfdosis auf freiwilliger Basis erhalten.

Seit Montag hat die Wallonie 21 Impfzentren wieder geöffnet. Auch einige Apotheken bieten Termine für die Impfung an.

Meine Frage an Sie, Herr Minister, lautet daher wie folgt:

1. Wie hat sich die Deutschsprachige Gemeinschaft auf diese neue Impfkampagne vorbereitet?
2. Welche Strategie wird die DG verfolgen?

• **Frage Nr. 1088 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema „Flüchtlinge als Pflegehelfer“**

Am 30.08.2018 veröffentlichte das GrenzEcho einen sehr interessanten Artikel : "Der Flüchtling als Pflegehelfer".<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Der Flüchtling als Pflegehelfer.pdf - <http://remote-archiv.grenzecho.net/epaper/grenzecho/2018/08/30.pdf?page=13>

Es ging um das Projekt "Care for Integration", einem Pilotprojekt der Bundesagentur für Arbeit und Land NRW, wo rund 100 geflüchtete Menschen zu Altenpflegehelfern ausgebildet wurden.

In dem Artikel geht es um einen jungen Afghanen, der, bevor er 2015 aus dem Iran nach Deutschland kam, in seinem Heimatland als Schreiner gearbeitet hatte. Er nahm an dem Projekt "Care for Integration" nur teil, um seinen Hauptschulabschluss nachzuholen, das Reinschnuppern in den Pflegeberuf war für ihn damals Nebensache. Trotzdem ist er geblieben und er beschreibt dies so : "die Pflege ist ein menschlicher Beruf"

In NRW kamen 2018 schon auf 100 freie Stellen in der Altenpflege nur 47 Bewerber.

Ein Grund zu handeln.

Dass auch die DG stark vom Pflegemangel betroffen ist, konnten wir alle hautnah miterleben, als der Zweckverband Vivias für alle Dienste in den WPZS in Sankt-Vith und Bütgenbach einen vorläufigen Aufnahmestopp verhängte und als Grund den chronischen Personalmangel angab.

Die Vivant-Fraktion ist der Meinung, dass diese Probleme nicht neu sind und sicherlich schon lange vor 2018 bestanden, die Lage hat sich nur zugespitzt. Bis auf eine Aufwertung des Pflegeberufs ist aber auch in der DG nicht viel passiert und uns ist nicht geholfen, wenn wir nun sagen, dass andere Länder und andere Regionen ähnliche Probleme haben.

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Könnten Projekte wie "Care for Integration" in der häuslichen Pflege sowie in den WPZS in der DG anvisiert werden, um Flüchtlingen, insbesondere den Ukrainern, den Pflegeberuf näher zu bringen?
2. Konnten in den letzten Jahren Flüchtlinge, die in der DG wohnen, für diesen Beruf gewonnen werden?

• **Frage Nr. 1089 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur weiblichen Genitalverstümmelung**

Das belgische Institut für die Gleichstellung von Frauen und Männern geht auf eine ihrer Seiten auf die weibliche Genitalverstümmelung ein: Unter der weiblichen Genitalverstümmelung ist das völlige oder teilweise Entfernen der äußeren weiblichen Geschlechtsorgane ohne therapeutisch-medizinische Notwendigkeit zu verstehen. Ferner wird die rechtliche Lage beschrieben, wonach die Genitalverstümmelung verboten und strafbar sei.

Einer UNICEF-Studie zufolge seien mindestens 200 Millionen Frauen und Mädchen in 30 Ländern Afrikas und Asiens Opfer einer Genitalverstümmelung.

Belgien sei ebenfalls betroffen, da – ebenfalls einer Studie zufolge – 2016 über 70.000 der Opfer in Belgien lebten. Von diesen 70.000 sind über 9.000 Minderjährige.<sup>3</sup>

Diesbezügliche Informationen auf der Seite des belgischen Instituts für die Gleichstellung von Männern und Frauen über Hilfeangebote, Anlaufstellen usw. sind nur in Niederländisch und Französisch abrufbar. Englisch und Deutsch fehlen – obschon angeboten.

Jüngsten Presseinformationen zufolge seien in Belgien 35.000 Frauen von Genitalverstümmelung betroffen.<sup>4</sup> In einer durch die Föderalregierung in Auftrag

<sup>3</sup> [https://igvm-iefh.belgium.be/fr/activites/violence/mutilations\\_genitales\\_feminines](https://igvm-iefh.belgium.be/fr/activites/violence/mutilations_genitales_feminines)

<sup>4</sup> <https://www.grenzecho.net/75876/artikel/2022-06-29/12000-madchen-belgien-droht-genitalverstummelung>

In Flandern leben mehr als 16.500 beschnittene oder gefährdete Mädchen und Frauen. In der Region Brüssel-Hauptstadt sind es 10.000 und in der Region Wallonien 8.800.

gegebenen Studie werden Zahlen für die belgischen Teilstaaten genannt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft fehlt.

Vor diesem Hintergrund stelle ich der Regierung folgende Frage:

1. Gibt es in Ostbelgien Anlaufstellen für Betroffene Frauen und Mädchen?
2. Ist daran gedacht worden, da das Thema äußerst schambehaftet ist, Aufklärungs- und Hilfeangebote im Internet oder per Telefon vor allem auch in anderen Sprachen anzubieten?
3. Wird die DG-Regierung mit dem belgischen Institut für Gleichstellung von Männern und Frauen Kontakt aufnehmen, damit diese und andere Informationen künftig auf Deutsch und Englisch abrufbar sein können?